

Antrag 2022/II/Kul/4

Kreis Nord

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Gegen das Vergessen – für eine lebendige Erinnerungskultur in der SPD und in Hamburg

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Die SPD Hamburg wird dafür Sorge tragen und auf den Senat und die Bürgerschaft einwirken,
3 dass:
 - 4 • der Opfern der Nazigräueltaten würdig und angemessen gedacht wird und weitere Erin-
5 nerungsorte geschaffen werden, die die Naziverbrechen dokumentieren.
 - 6 • ein Handlungskonzept erstellt wird, welche Ziele bezüglich des Gedenkens und Erinnerns
7 bis 2033 – dem 100. Jahrestag der Machtübernahme Hitlers – erreicht werden sollen. Da-
8 zu gehört insbesondere ein zentrales Dokumentationszentrum zu den Verbrechen von
9 Polizei und Gestapo und ein Lern- und Geschichtsort KZ Fuhlsbüttel.
 - 10 • ein Konzept erstellt wird, im Hinblick auf junge Menschen und künftige Generationen,
11 die keine Zeitzeug:innen mehr erleben dürfen und sich zeitlich immer mehr von den Ge-
12 schehnissen der dunkelsten Zeit der deutschen Geschichte entfernen.
 - 13 • eine digitale Plattform geschaffen wird, die Informationen und Angebote zur NS-
14 Geschichte von Gedenkorten bis zu Stolpersteinen bündelt und Hamburgs Bewohner:in-
15 nen und Besucher:innen leicht zugänglich macht.
 - 16 • die Ausgestaltung der Erinnerungskultur und die Errichtung von Lern-, Gedenk- und Er-
17 innerungsorten im Dialog mit den Opferverbänden erfolgt.
 - 18 • nach dem gescheiterten Konzept „Geschichtsort Stadthaus“ mit der Betreuung durch ei-
19 ne Buchhandlung eine breite gesellschaftliche Debatte dazu durchgeführt wird, wie an
20 zentraler Stelle ein angemessener Lern- und Gedenkort zu den Verbrechen von Polizei
21 und Gestapo aussehen soll.
 - 22 • Veranstaltungen zur Erinnerung an die Naziverbrechen verbindlich in die schulischen
23 Hamburger Rahmenrichtlinien und in die Ausbildung öffentlich Bediensteter insbeson-
24 dere bei der Polizei aufgenommen werden.
 - 25 • Schulen, Kitas, Plätze, Straßen und sonstige öffentliche Einrichtungen nach Verfolgten
26 des NS-Regimes benannt werden.
 - 27 • in Zukunft keine Erinnerungsorte an Investoren verkauft und diese mit der Gestaltung
28 der Erinnerungsorte beauftragt werden.

29

30 **Begründung**

31 Die Erinnerungskultur ist heute in Hamburg fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens
32 und des kulturellen Angebots auch für Hamburg Besucher:innen. Das bedeutet, dass die Erin-
33 nerungskultur weiterentwickelt werden muss, dass sie sich gestiegenen Anforderungen stellen
34 muss und dass sie bestehende Lücken schließen muss.

35 Ziel muss es sein, bis 2033 – dem 100. Jahrestag der Machtübernahme Hitlers – Lern- und Ge-
36 denkorte in Hamburg einzurichten, die an die Opfer angemessen erinnern und die Gräueltaten
37 der Nationalsozialisten umfassend dokumentieren. Bestehende Lücken sind zu schließen und
38 vorhandene Angebote zu vernetzen.

39 Notwendig ist eine breite gesellschaftliche Diskussion unter Einbeziehung der Opferverbände
40 über die zukünftige Ausgestaltung des Gedenkens bezüglich der NS-Zeit. Insbesondere zwei
41 Bereiche sind dabei in den Fokus zu nehmen, die bisher noch keine befriedigende Lösung ge-
42 funden haben: a) Die Dokumentation der Verbrechen von Polizei und Gestapo an einem zen-
43 tralen Ort und b) die Schaffung eines Lern- und Geschichtsortes auf dem früheren Gelände des
44 KZ Fuhlsbüttel.

45 Das in den letzten Jahren mehrmals praktizierte Verfahren, die Schaffung von Gedenkort
46 an private Investoren zu delegieren, hat nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Dass private
47 Investoren kein Interesse an Erinnerungskultur haben, hat sich besonders beim Stadthaus und
48 bei der Gedenkstätte im Wandsetal auf dem ehemaligen Gelände des Dräger-Werks gezeigt.

49

50